

"Bekenntnis zu Europa" in Wiener Zeitung (17. April 1956)

Legende: Am 17. April 1956 kommentiert die österreichische Wiener Zeitung den Beitritt Österreichs zum Europarat und hebt die wichtigsten Momente der offiziellen Zeremonie hervor, die am Tag zuvor in Straßburg stattfand.

Quelle: Wiener Zeitung. 17.04.1956, n° 90. Wien.

Urheberrecht: (c) Wiener Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"bekenntnis_zu_europa"_in_wiener_zeitung_17_april_1956-de-304c4462-6a02-4d7b-8616-a26847fda33a.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Bekenntnis zu Europa

Österreichs Einzug in den Europarat – Außenminister Figl: Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit – Abschluß des Staatsvertrages ein Symptom der Entspannung

Straßburg, 16. April. Die Republik Österreich ist seit heute vormittag 10 Uhr 10 Mitglied des Europarates. Zu dieser Zeit hinterlegte Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Ing. Dr. Figl die Urkunden über Österreichs Beitritt im Büro des Generalsekretariats des Europarates. Vor dem Gebäude des Europarates weht seit heute früh die österreichische Fahne als fünfzehnte neben jenen von Belgien, Dänemark, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Holland, Norwegen, Schweden, Türkei und Großbritannien.

Im Anschluß an die Hinterlegung der Urkunden wurde die österreichische Delegation, an ihrer Spitze Bundesminister Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky, in die Sitzung des Ministerrates eingeholt. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Vorsitzenden, den italienischen Außenminister Martino, nahmen die österreichischen Delegierten ihre Plätze ein. Der Vorsitzende sowie der französische Außenminister Pineau, der deutsche Außenminister von Brentano und der Unterstaatssekretär im britischen Foreign Office Lord Hope richteten herzliche Willkommensgrüße an die österreichische Delegation.

Bundesminister Figl dankte sodann dem Ministerrat auf das herzlichste für die freundliche Begrüßung und unterstrich, daß es einem langgehegten Wunsch der österreichischen Regierung und des gesamten österreichischen Volkes entspreche, nunmehr in der Organisation des Europarates als Vollmitglied mitarbeiten zu können.

„Österreich gehört seiner geistigen Tradition und seiner historischen Entwicklung nach dem abendländischen Kulturkreis an. Auf vorgeschobenem Posten waren wir im Laufe unserer Geschichte wiederholt gezwungen, die gemeinsamen Werte und die uns allen teuren Ideale zu verteidigen. Das Bewußtsein der europäischen Zusammengehörigkeit ist in Österreich stark verwurzelt. Wir betrachten daher unsere Mitarbeit im Europarat als Bekenntnis zum europäischen Gedanken.

Seit Jahren haben wir an der europäischen Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiete im Rahmen der OEEC teilgenommen. Die Mitarbeit im Rahmen des Europarates ist eine sinnvolle Ergänzung unserer Bemühungen um die Herstellung eines wirtschaftlich blühenden und friedlichen Europas.

Der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages war sicherlich ein Symptom dafür, daß sich die internationale Atmosphäre verbessert hätte. Er war aber auch gleichzeitig – und ich glaube, dies ohne Übertreibung feststellen zu können – die Voraussetzung für alle weiteren Schritte in der Richtung einer Entspannung zwischen West und Ost. Bis dahin war die Front des Kalten Krieges quer durch Österreich gegangen. Die daraus entstehende Gefahr für unser Land war uns in diesen letzten zehn Jahren ganz besonders bewußt gewesen. Der Abzug der Besatzungsarmeen aus Österreich hat diese Gefahr für uns gebannt und damit einen Unsicherheitsfaktor für den europäischen Frieden beseitigt.

Der technische Fortschritt hat die Entfernungen schrumpfen lassen und die Nationen näher aneinandergerückt. Wir wissen heute, daß nur die internationale Zusammenarbeit den Völkern Wohlstand und Sicherheit gewährleisten kann. Österreich hat sich deshalb entschlossen, auch als neutrales Land an den Arbeiten nichtmilitärischer internationaler Organisationen aktiv mitzuwirken. In diesem Sinne betrachten wir unseren Beitritt zum Europarat als Meilenstein auf einem Wege, der mit dem Abschluß des Staatsvertrages seinen glücklichen Anfang genommen hat."

In der Konsultativversammlung

Im Anschluß an die Sitzung des Ministerrates begaben sich die Vertreter Österreichs in die Konsultativversammlung, deren Tagung um 11 Uhr begonnen hatte und wo bereits die österreichischen Abgeordneten, und zwar die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Toncic und Dr. Kranzlmayr (ÖVP), Dr. Pittermann, Czernetz und Strasser (SPÖ) sowie Bundesrat Dr. Lugmayer (ÖVP), auf der Beobachtertribüne

Platz genommen hatten. Auch der bisher als ständiger Beobachter Österreichs beim Europarat fungierende Minister a. D. Ludwig war anwesend. Die österreichischen Delegierten und Abgeordneten wurden vom Alterspräsidenten der Konsultativversammlung Goggianu Pico (Italien) willkommen geheißen, der die österreichischen Abgeordneten aufforderte, die ihnen nun zustehenden Plätze im Sitzungssaal einzunehmen. Der österreichische Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten sprach nunmehr auch vor der Konsultativversammlung:

Seit dem denkwürdigen Tag, an dem Sie hier zusammengetreten sind, um Europa auf der Basis der geistigen und sittlichen Werte, die das gemeinsame Erbe unserer Völker sind, neu zu gestalten, hat Österreich das Geschehen in Straßburg mit größtem Interesse verfolgt.

Die Erschütterungen der letzten Jahrzehnte, die in Österreich vielfach noch länger und stärker fühlbar waren als in manchen anderen europäischen Ländern, haben in uns allen das Bewußtsein wachgerufen, daß sich Ähnliches nie mehr wieder ereignen dürfe und daß es die Aufgabe jedes einzelnen sein müsse, mit seinen bescheidenen Kräften an der Schaffung der Voraussetzungen für eine glückliche und friedliche Zukunft mitzuwirken. Gleichzeitig ist jedoch auch in jedem von uns die Erkenntnis gereift, daß kleine Staaten allein hierzu nicht in der Lage sein werden, sondern daß es dazu einer Gemeinschaft mit anderen bedarf.

Straßburg – Symbol und Hoffnung

Weniger denn je kann sich heute ein Staat der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit entziehen. In diesem Sinne ist Straßburg für uns Symbol und Hoffnung geworden; und zwar nicht nur für das österreichische Parlament und die österreichische Bundesregierung, sondern darüber hinaus für weiteste Kreise der österreichischen Bevölkerung, der gerade die Struktur dieser internationalen Organisation das Gefühl gibt, durch die gewählten Volksvertreter direkt an dem Neuaufbau unseres Kontinents mitarbeiten zu können.

Es erfüllt mich daher mit tiefer Befriedigung, heute an dieser Stelle in feierlicher Form namens der österreichischen Bundesregierung das Bekenntnis Österreichs zu Europa und zu den in der Präambel und in Artikel 3 der Statuten unserer Organisation aufgezählten Werten ablegen zu können, die die Grundlage jedes demokratischen Lebens bilden.

Das abgelaufene Jahr hat das politische Bild in Zentraleuropa wesentlich verändert. Zehn Jahre lang waren die Streitkräfte des Ostens und des Westens genau in der Mitte unseres alten Kontinents, an der inzwischen berühmt gewordenen Ennsbrücke, die die Grenze zwischen den beiden österreichischen Bundesländern Oberösterreich und Niederösterreich bildet, einander bewaffnet gegenüberstanden. Noch zu Beginn des vorigen Jahres schien es, als ob alle Versuche, eine Befriedung in diesem neuralgischen Punkt Europas herbeizuführen, von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Nicht selten hat man uns, die wir uns immer und immer wieder um eine Lösung bemühten, weil wir an sie geglaubt haben, als übergroße Optimisten belächelt.

Gebührender Platz im Kreis der Nationen

Die Ereignisse des Jahres 1955 haben uns jedoch recht gegeben. Im Mai vorigen Jahres ist der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet worden; im Oktober sind die letzten Truppen der vier Besatzungsmächte aus Österreich abgezogen. Zum erstenmal seit Kriegsende war es gelungen, die Fronten des „Kalten Krieges“ zurückzuschieben. Die Bedeutung dieser Tatsache nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa ist im Kreise dieses Hohen Hauses zur Genüge bekannt.

Für unsere enge Heimat bedeutet dies, daß Österreich zum ersten Male nach beinahe 18 Jahren wieder als voll souveräner Staat den ihm gebührenden Platz im Kreise der Nationen einnimmt. Die Aufnahme unseres Landes als Mitglied der Vereinten Nationen und der Beitritt Österreichs zum Europarat sind die logische Konsequenz der mit dem Abschluß des Staatsvertrages begonnenen Entwicklung.

Nach dem Abzug der Besatzungstruppen hat sich Österreich bekanntlich durch Beschluß seines Parlaments zur Politik dauernder Neutralität bekannt. Österreich hat damit seinem souveränen Willen Ausdruck verliehen, in aller Zukunft keinen Militärbündnissen beizutreten und keiner fremden Macht militärische Stützpunkte auf seinem Gebiet einräumen zu wollen.

Wir sehen keinen Widerspruch zwischen den Verpflichtungen, die aus dieser Neutralität entspringen, und der zwischenstaatlichen und interparlamentarischen Zusammenarbeit auf nichtmilitärischem Gebiet. Artikel 1 des Statuts des Europarates bestimmt ausdrücklich, daß die militärischen Angelegenheiten ein für allemal der Kompetenz des Rates entzogen bleiben werden. Dadurch ist auch für das neutrale Österreich die Möglichkeit gegeben, an den Arbeiten in Straßburg in vollem Umfang teilzunehmen.

An der wirtschaftlichen Kooperation Europas konnten wir seit der Gründung der OEEC in aktiver Weise mitwirken. Wir freuen uns, daß wir nunmehr auch die Möglichkeit haben, an den vielfältigen Agenden des Europarates mitzuarbeiten, und sind glücklich, daß wir damit auch in Zukunft unserer historischen Aufgabe, die Österreich im Laufe seiner langen Geschichte immer und immer wieder zu erfüllen hatte, gerecht werden können. Wir glauben, daß Österreich vor allem auf sozialem und kulturellem Gebiet einen Beitrag leisten kann, der weit über die Größe unseres Landes hinausgeht.

Wir sind mit heutigem Tage vollberechtigtes Mitglied des Europarates geworden, und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich für die österreichische Bundesregierung, für das österreichische Parlament und das gesamte österreichische Volk die feierliche Erklärung abgebe, daß wir in jeder Form die uns zur Verfügung stehenden Kenntnisse aus Vergangenheit und Gegenwart in den Dienst der großen europäischen Idee einsetzen werden.

Kontinent des Friedens in Freiheit

Namens der österreichischen Abgeordneten erklärte Dr. Pittermann, in den vergangenen Jahren der Besetzung durch die vier Mächte sei die Teilnahme an den Sitzungen der Versammlung für Österreich eine wertvolle moralische Hilfe gewesen. „Sie festigte uns in der Überzeugung, daß die demokratischen Staaten Europas den Kampf um die Erhaltung der Menschenrechte in Österreich mit uneingeschränkter Anteilnahme verfolgten und unterstützten.“ Er versicherte, daß die sechs Abgeordneten Österreichs zu ihrem Teil daran mitwirken würden, Europa „zum Kontinent des Friedens in Freiheit, zum Vaterland der Menschenrechte, zur Heimat des modernen Humanismus“ zu machen.

Dehousse – Präsident des Europarates

In der heutigen Sitzung der Konsultativversammlung wurde der belgische Senator Fernand Dehousse zum Vorsitzenden durch Akklamation gewählt. Der Ministerrat beschloß die Schaffung eines europäischen Sonderfonds für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschuß. Bisher haben sich Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Island, Griechenland und die Türkei bereit erklärt, Beiträge für diesen Fonds zu leisten.